

Niederschrift

über die 33. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 05.11.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Einführung des Flugverfahrens RNP 1 auf der Abflugstrecke MODRU Vorlage: DezIII/1044/2019	4
3 Stadtarchiv Meerbusch; Übertragung der Betriebsträgerschaft auf den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: BM/1038/2019	5
4 Rechtliche Möglichkeiten zur Einschränkung von Wahlwerbung Vorlage: BJ/1031/2019	7
5 Buß- und Verwarnungsgeldkatalog Umwelt der Stadt Meerbusch Vorlage: FB1/1040/2019	8
6 Haushaltssatzung 2020 Vorlage: SFI/0364/2019	10
7 Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität NRW Vorlage: DezIII/1043/2019	10
8 Anträge	10
9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.10.2019 bzgl. Wirtschaftsförderung - Klimaschutz Vorlage: BJ/0286/2019	10
10 Anfragen	11
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	11
12 Termin der nächsten Sitzung: 12.12.2019	12
13 Verschiedenes	12

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Thomas Jung

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Pricken

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied Vertretung für Herrn Heinrich Peter Weyen

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro der Bürgermeisterin und Justizariat

Herr Patrick Wirtz Referent der Bürgermeisterin Schriftführer

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Stephan Benninghoven Wirtschaftsförderer

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat

Frau Bettina Scholten Bereichsleiterin Fachbereich 1

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Herr Jürgen Wirtz Bereichsleiter Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Thomas Jung

Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Heinrich Peter Weyen

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass das ausdrücklich als Anfrage formulierte Schreiben der UWG-Fraktion nach der Geschäftsordnung verfristet sei. Da das Thema auf der Tagesordnung stehe, habe die UWG-Fraktion selbstverständlich die Möglichkeit, ihre Fragen zum Tagesordnungspunkt zu stellen.

Die Bürgermeisterin weist des Weiteren auf einen Vertagungsantrag der UWG-Fraktion von heute hin. Ratsfrau Glasmacher kritisiert, dass die Anfrage den Ausschussmitgliedern vor Beginn der Sitzung nicht zugänglich gemacht worden sei. Die Bürgermeisterin erklärt, dass nicht jede Frage einer Fraktion zu einem Sachthema in Session eingestellt würde, die UWG allerdings ja selbst den Fraktionen und der Presse den Fragenkatalog zugeleitet habe.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger aus Büderich führt zur Thematik unter TOP 2 aus, dass mit der Einführung der alternativen Flugroute eine nicht tolerierbare Erhöhung des Lärmpegels für Büderich einhergehe. Er fragt diesbezüglich, wie genau die vorgesehene Route geflogen werden solle und wie sich dies auf den wahrnehmbaren Lärm in Büderich auswirke. Die Beantwortung dieser Fragen erfolgt im Rahmen der Beratung zu TOP 2.

2 Einführung des Flugverfahrens RNP 1 auf der Abflugstrecke MODRU Vorlage: DezIII/1044/2019

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Bürgermeisterin, in der Fluglärmkommission der Einführung des Flugverfahrens RNP1 auf der Abflugroute MODRU zuzustimmen.

Ratsfrau Glasmacher beantragt die Vertagung des TOP.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			2
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	12	2

Der Antrag auf Vertagung ist somit abgelehnt.

Abstimmung zum Beschluss:**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	15	1	2

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage begrüßt zur Beratung die Flugpiloten und Mitglieder der Fluglärmkommission sowie des Arbeitskreises zur Erstellung und Entscheidungsfindung des Flugverfahrens RNP 1, Herrn Marc Hasenbein, Eurowings, sowie Herrn Valentin Reinhardt, Lufthansa. Sie weist daraufhin, dass die Einführung des Flugverfahrens in der Sitzung der Fluglärmkommission am 18.11.2019 getroffen werden soll. Sofern einer Vertagung des Tagesordnungspunktes zugestimmt würde, würde sie sich in der Abstimmung der Fluglärmkommission enthalten.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert anhand von Folien die beabsichtigte Einführung von RNP 1 auf der Route Modru. Beim derzeitigen Verlauf verschwenke die Route nach Überfliegen von Büderich zunächst nach Norden westlich an Krefeld vorbei, über Kempen, um südlich von Wachten-donk in einer erneuten Kurve wieder nach Süden zu kommen. Insgesamt betrage die Entfernung 48 NM. Hintergrund des Streckenverlaufes sei die Erreichung einer Flughöhe von 21.000 ft im Belgischen Luftraum.

Neuere Jets seien in der Lage, diese Flughöhe auch auf einer kürzeren Strecke zu erreichen. Bei der jetzt vorgeschlagenen zusätzlichen Route, die von rd. 10% der startenden Flugzeuge geflogen werden solle, werde die Strecke auf 38 NM verkürzt. Bis Büderich-West (etwa Höhe Necklenbroich) sei der Verlauf unverändert, der Abdrehpunkt nach Süden erfolge dabei bereits auf Höhe Tönisvorst. Dadurch könnte pro Flug rd. 100 kg CO₂ eingespart werden. Ein weiterer Vorteil des Verfahrens sei, dass die Flugzeuge auf der Ideallinie fliegen würden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung formuliert Ratsfrau Glasmacher diverse Nachfragen, die von den anwesenden Piloten beantwortet werden. Die Fragen und Antworten werden zum Protokoll nachgereicht, sobald diese in schriftlicher Form von den Vertretern von Eurowings und der Lufthansa vorliegen.

3 **Stadtarchiv Meerbusch; Übertragung der Betriebsträgerschaft auf den Rhein-Kreis Neuss** **Vorlage: BM/1038/2019**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Verwaltung zu beauftragen, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Stadt Meerbusch mit dem Rhein-Kreis Neuss über die Betreuung des Archivgutes der Stadt durch den Kreis abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		2	1
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	9	8	1

An der Beratung zum TOP nimmt Herr Dr. Stephen Schröder, Leiter des Kreisarchives des Rhein-Kreis Neuss teil.

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Diese bauten auf dem Beschluss der letzten Sitzung zur Errichtung eines Archivtraktes am Erwin-Heerich-Haus und dem damit verbundenen Verbleib des Archives auf Meerbuscher Stadtgebiet auf.

Sie weist beispielhaft für eine interkommunale Kooperation auf das neue Archiv des Kreises Viersen hin, in dem die Archive aller Städte und Gemeinden sowie des Kreises, mit Ausnahme der Stadt Willich, untergebracht würden. Eine flexiblere und bessere personelle Ausstattung und Einsetzbarkeit, die damit einhergehenden Möglichkeiten der Spezialisierung sowie die Nutzung von Synergieeffekten hinsichtlich der Nutzung teurer Archivtechnik und der umfänglichen Gestaltung der Digitalisierung seien auch hier die Hauptgründe für eine interkommunale Zusammenarbeit im Archivwesen. Weiterhin weist sie darauf hin, dass die in der letzten Sitzung des Ausschusses diskutierten Themen im Zuge der Erarbeitung der vorliegenden Kooperationsvereinbarung berücksichtigt würden. So könne die Einbettung des Kirchenarchives St. Stephanus bei einem Betrieb durch den Rhein-Kreis Neuss ebenso sichergestellt werden, wie die Verfahrenshoheit und das Eigentum der Stadt am Archivgut.

Ratsherr Rettig führt aus, dass gegenüber der Beratung in der letzten Sitzung keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich der Synergieeffekte erkennbar seien. Der Kostenvergleich sei unangemessen, da weite Teile des Archives über die angeführten Kosten hinaus über die Kreisumlage finanziert würden. Ebenso zweifelt er an, dass das Vorhalten teurer Archivtechnik notwendig sei.

Weiterhin führt er aus, dass bei einer Recherche über das landesweite Portal „Archive.NRW“ Findbücher gefunden und genutzt werden könnten. Eine Zusammenlegung der Archive würde daher keinen Mehrwert hinsichtlich der Quantität des auffindbaren Archivgutes zur Folge haben.

Herr Dr. Schröder erörtert, dass Synergieeffekte deutlich erkennbar seien. Durch das Vorhalten weiteren Personals im Kreisarchiv könnten mögliche personelle Ausfälle am Standort Meerbusch gegenüber eines städtischen Betriebes abgedeckt werden. Ebenso könnten alle notwendigen technischen Anlagen und Geräte kreisweit genutzt und bei Notwendigkeit auch am Standort Meerbusch eingesetzt werden. Hinsichtlich der Findbücher und Zugriffsmöglichkeiten führt er aus, dass eine Zusammenlegung der Archivgüter die Möglichkeit eröffne, über alle Archive im Rhein-Kreis Neuss Informationen zu vorliegenden Archivalien zu erhalten, dies würde entgegen der über das Landesportal verfügbaren Inhalte hinaus auch für analoges Archivgut gelten, das nicht digital zugänglich gemacht werden könne.

Ratsherr Damblon führt aus, dass die Vorteile eines Archivverbundes personell, wie technisch offensichtlich wären. Die Bedenken aus der Beratung der letzten Sitzung seien durch die vorliegende Kooperationsvereinbarung ausgeräumt.

Ratsfrau Niederdelman-Siemes erläutert, dass bei einem Betrieb des Archives durch den Kreis lediglich Pflichtaufgaben wahrgenommen würden. Das Gedächtnis der Stadt solle, auch aus emotionalen Gesichtspunkten, im Rahmen eines eigenständigen Archives erhalten bleiben.

Ratsherr Peters, Ratsherr Becker und Ratsfrau Glasmacher erläutern, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht folgen werden.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

4 Rechtliche Möglichkeiten zur Einschränkung von Wahlwerbung **Vorlage: BJ/1031/2019**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, die Anzahl der zu genehmigenden Wahlplakate pro Partei/Wählergemeinschaft wie folgt zu begrenzen:

1. Auf maximal 80 Stück im gesamten Stadtgebiet für eine Wahl.
2. Für gemeinsame Kommunalwahlen (Landrat, Kreistag, Bürgermeister, Stadtrat) wird die Anzahl der zu genehmigenden Wahlplakate pro Partei / Wählergemeinschaft auf insgesamt maximal 160 Stück im gesamten Stadtgebiet begrenzt. Als ein Wahlplakat gilt Vor- und Rückseite.

Die Anzahl der Standorte, an denen die Parteien/Wählergemeinschaften Wahlplakate aufhängen dürfen, wird entsprechend begrenzt und auf die einzelnen Stadtteile nach folgendem Schlüssel pro Partei verteilt:

Büderich:	bis maximal 20 (1.) / 40 (2.) Stück pro Partei/Wählergemeinschaft
Osterath:	bis maximal 15 / 30 Stück pro Partei/Wählergemeinschaft
Lank-Latum:	bis maximal 15 / 30 Stück pro Partei/Wählergemeinschaft
Strümp:	bis maximal 10 / 20 Stück pro Partei/Wählergemeinschaft
Ossum-Bösinghoven:	bis maximal 10 / 20 Stück pro Partei/Wählergemeinschaft
Rheingemeinden:	bis maximal 10 / 20 Stück pro Partei/Wählergemeinschaft.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.

einstimmig

Zu 2.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	14	4	

Ratsherr Rettig schlägt vor, für gemeinsame Kommunalwahlen, wie sie im kommenden Jahr stattfinden, die Anzahl der maximal zulässigen Plakatstandorte zu verdoppeln. Pro Partei / Wählergemeinschaft würden somit bis zu 160 Standorte im Stadtgebiet möglich. Für alle übrigen Einzelwahlen solle dem Verwaltungsvorschlag von maximal 80 Standorten pro Partei / Wählergemeinschaft im Stadtgebiet gefolgt werden.

Ratsherr Damblon weist darauf hin, dass pro Standort durch entsprechende Ständer bis zu drei Plakate aufgehängt werden könnten, insofern sei die Zahl des Vorschlages von Herrn Rettig sehr hoch. Die CDU-Fraktion könne sich dem Vorschlag dennoch anschließen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes schlägt vor, die maximale Begrenzung für das gesamte Stadtgebiet und nicht geschlüsselt nach Stadtteilen festzulegen. Es besteht jedoch Konsens, dass die Einhaltung der maximalen Plakatierung dann nicht mehr sachgerecht kontrolliert werden könne.

Ratsherr Peters merkt an, dass die ursprüngliche Zielsetzung eines solchen Beschlusses die Vermeidung übermäßiger Plakatierung war. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen könne dem Vorschlag jedoch folgen.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

5 Buß- und Verwarnungsgeldkatalog Umwelt der Stadt Meerbusch **Vorlage: FB1/1040/2019**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt den beigefügten Buß- und Verwarnungsgeldkatalog ab dem 01.01.2020 für die Bemessung von Verwarngeldern oder Bußgeldern, mit denen Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Meerbusch geahndet werden.

Der Tatbestand des Fütterns von wilden Tieren soll im Katalog präzisiert und der Höchstbetrag eines Bußgeldes für das Ablassen und Einleiten von Schadstoffen, z.B. Säure, Öl, Benzin, Benzol und sonstige gefährliche Stoffe auf 500,- € erhöht werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	17	1	

Herr Erster Beigeordneter Maatz führt zu den Inhalten des Buß- und Verwarnungsgeldkataloges aus.

Ratsherr Peters erläutert, dass der Tatbestand des Übernachtens in Anlagen ausgenommen werden sollte. Weiterhin sei der Tatbestand des Fütterns wilder Tiere zu weit gefasst, da dies etwa auch Vögel in der Winterzeit betreffe. Hierzu solle eine Präzisierung erfolgen.

Herr Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass die Ordnungsbehördliche Verordnung und somit auch der zur Disposition stehende Buß- und Verwarnungsgeldkatalog nur für öffentliche Flächen gelte und somit etwa das Füttern von Vögeln in privaten Gärten weiterhin erlaubt sei.

Ratsfrau Glasmacher regt an, den Tatbestand des Ablassens und Einleitens von Schadstoffen, z.B. Säure, Öl, Benzin, Benzol und sonstigen gefährlichen Stoffen auf den gesetzlich möglichen Höchstbetrag von 500,- € zu erhöhen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt, inwiefern eine Erhöhung des Personals zur Kontrolle vorgesehen sei. Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass die Aufgabe dem Außendienst des Fachbereichs 1 übertragen werden soll. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes beantragt die Vertagung der Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	7	11	

Der Antrag auf Vertagung ist somit abgelehnt.

Sodann wird über den Vorschlag des Ratsherrn Peters zur Streichung des Tatbestandes des Übernachtens in Anlagen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	1	2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	4	14	

Der Vorschlag ist somit abgelehnt.

Sodann wird über den Beschluss abgestimmt.

6 Haushaltssatzung 2020
Vorlage: SFI/0364/2019

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

7 Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität NRW
Vorlage: DezIII/1043/2019

Beschluss:

Der Haupt, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität NRW zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

8 Anträge

9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.10.2019 bzgl. Wirtschaftsförderung - Klimaschutz
Vorlage: BJ/0286/2019

Beschluss:

Die Wirtschaftsförderung wird beauftragt, in Meerbusch ansässige Betriebe zu kontaktieren, um mit diesen Maßnahmen zum Klimaschutz zu besprechen und im Bedarfsfall mögliche Unterstützung zu organisieren. Themen sollten sein, insbesondere

- a. Entsiegelung von Flächen rund um Gewerbegebäude,
- b. Solaranlagen oder
- c. Gründächer / Flachbegrünung,
- d. Bündelung von Lieferverkehren,
- e. Optimierung der Wärmeversorgung,
- f. Nutzung von Ökostrom,
- g. Angebote für Mitarbeiter/innen, Alternativen zum MIV zu nutzen

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	7	11	

Ratsfrau Dr. Schomberg und Ratsherr Peters führen zu den Inhalten des Antrages aus. Zahlreiche Gewerbebetriebe sorgten für eine übermäßige Flächenversiegelung. Weiterhin sei eine verwaltungsseitig unterstützte Beratung zu Klimaschutzmaßnahmen sinnvoll.

Ratsherren Rettig, Damblon und L. Jürgens bezweifeln die Möglichkeit der sachgerechten Umsetzung, da dies personell nicht leistbar und auch fachlich keine Aufgabe der Wirtschaftsförderung sei. Zudem würden Betriebe regelmäßig zahlreiche Hinweise und Angebote zu entsprechenden Maßnahmen von entsprechenden Unternehmen erhalten.

Ratsfrau Glasmacher stimmt den Ausführungen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu, da Gewerbeflächen zunehmend versiegelt würden.

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass die Wirtschaftsförderung mit einem Mitarbeiter besetzt sei. Dieser nehme zahlreiche andere Aufgaben wahr, zudem sei fachlich keine Schnittmenge erkennbar. Eine Hinzuziehung der Klimaschutzmanagerin sei jedoch möglich.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt

10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

12 Termin der nächsten Sitzung: 12.12.2019

13 Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 11. November 2019

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Patrick Wirtz
Schriftführer